

Mitglieder der CDU
im Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II
im Email-Verteiler



Marc Henrichmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Berliner Büro

Unter den Linden 71
Raum 337
Telefon 030 227 – 79385
Fax 030 227 – 70385
E-Mail: marc.henrichmann@bundestag.de

Berlin, 14. Januar 2022

Telegram, Impfpflicht, Finanzen: Ampel-Koalition gibt ein Bild der Uneinigkeit ab

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ihre Arbeit in der 20. Wahlperiode aufgenommen. Als konstruktive Opposition werden wir die Regierungsarbeit der Ampel begleiten und – wo nötig – kritisieren, um so unserer staatspolitischen Verantwortung gerecht zu werden.

Bundesregierung muss effektiv gegen Telegram vorgehen

[Ich selbst arbeite in den kommenden vier Jahren wieder im Innenausschuss](#) und bin dort unter anderem für Digitalpolitik, Datenschutz und Sicherheit im Internet zuständig. Meine Themen standen in dieser Woche im Ausschuss im Fokus. Viele Extremisten, Querdenker, Corona-Leugner nutzen den Messenger-Dienst Telegram für Propagandazwecke. Zudem wird auf Telegram immer wieder zu Morden an Politiker, Wissenschaftler und Journalisten aufgerufen. Es ist die Aufgabe der Bundesregierung, effektive Maßnahmen zu beschließen, damit diese Straftaten geahndet werden und das Recht durchgesetzt wird.

Auf meine Nachfrage hin räumte die Bundesregierung ein, dass derzeit keine Gesetzesänderungen vorliegen. Es gab nur Absichtserklärungen statt konkreter Vorschläge. Wie wenig diese wert sind, zeigt die Vielstimmigkeit im missgestimmten Ampel-Orchester: Die SPD möchte Telegram abschalten, die FDP ist dagegen und bevorzugt ein europäisches Vorgehen. Angesichts der schweren Straftaten, zu denen auf der Internetplattform aufgerufen wird, ist das nicht nur viel zu wenig, sondern auch gefährlich. Wir wollen keine rechtsfreien Räume, weder im Internet noch auf der Straße. Das ist unsere Leitlinie für die innere Sicherheit. Das erwarten wir auch von der Ampel.



Marc Henrichmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Kein Gesetzesentwurf zur Impfpflicht: Minister verweigern die Arbeit

Neben der Innenpolitik stand die „Impfpflicht“ ganz oben auf der politischen Agenda. Als Abgeordneter habe ich in dieser Woche viele E-Mails, Anrufe und Fragen dazu bekommen. Dass sich ausgerechnet die Bundesregierung um eine klare Positionierung herumdrückt, kann ich nicht nachvollziehen.

Das Wesen einer Regierung ist, dass sie regiert. Ich erwarte vom Kanzler, dass er Verantwortung übernimmt und führt. Die Bundesregierung ist in der Pflicht, einen Gesetzesentwurf vorzulegen. Stattdessen erleben wir eine Arbeitsverweigerung der zuständigen Minister. [Kanzler Scholz hat in der Frage einer Impfpflicht keine parlamentarische Mehrheit hinter sich. Die FDP tanzt ihm auf der Nase herum.](#) Aus diesem Grund wird er auch keinen Gesetzesentwurf vorlegen und hat die Verantwortung für die Erarbeitung von Gesetzesentwürfen in Form von Gruppenanträgen an das Parlament delegiert. Das Thema „Impfpflicht“ ist zu wichtig für diese politischen Taschenspielertricks. Wir werden die Ampel-Koalition damit nicht durchkommen lassen.

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir am Dienstag ausführlich mit Experten des Ethikrats, Epidemiologen und Juristen über die Impfpflicht diskutiert. Auch wenn diese ethisch geboten und epidemiologisch sinnvoll ist, kann ich als Jurist derzeit nicht absehen, wie eine allgemeine Impfpflicht verfassungskonform umgesetzt werden soll. Deshalb spreche ich mich – Stand jetzt – aus verfassungsrechtlichen Gründen gegen eine Impfpflicht aus. Auch vor dem Hintergrund dieser komplexen juristischen Fragen ist es für mich unverständlich, dass die Bundesregierung keinen eigenen Gesetzesentwurf vorlegt.

Die Union hat sich mit vielen Fragen zur allgemeinen Impfpflicht an die Bundesregierung gewandt. Auf eine Antwort warten wir bis heute. Das ist kein guter politischer Stil. So geht man mit der Opposition nicht um. Wir haben von unserem parlamentarischen Recht Gebrauch gemacht und wollten beispielsweise von der Regierung wissen, wie eine mögliche Impfpflicht administrativ umgesetzt und kontrolliert werden könnte und wie die Kontrollen ohne ein nationales Impfregister durchgesetzt werden sollen. Bis heute schweigt die Regierung dazu. Starke Führung sieht anders aus.

Den Grünen geben für den Koalitionsfrieden eigene Überzeugungen reihenweise auf

Dass die Union sich ihrer staatspolitischen Verantwortung bewusst ist, zeigt die Entscheidung des Präsidiums, bei der Bundesversammlung wie schon 2017 für Frank-Walter Steinmeier als Bundespräsident zu stimmen. Auffällig ist, dass die Grünen eingeknickt sind. Sie sind – wohl aus Angst vor Knatsch in der Regierung – von ihrem Wunsch, eine andere Kandidatin aufzustellen, abgerückt. .



Marc Henrichmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld/Steinfurt II
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Den Grünen scheint der Koalitionsfriede ohnehin wichtiger zu sein als es die eigenen parteipolitischen Überzeugungen sind. [Noch vor der Bundestagswahl haben die Grünen um Annalena Baerbock betont, dass beispielsweise der Bundeswehreinsatz im Irak unverantwortlich sei.](#) Einen Monat nach der Regierungsbildung haben die Grünen nun der Verlängerung des Bundeswehreinsatzes im Irak zugestimmt. Als Union stehen wir an der Seite unserer Soldaten und unterstützen die Fortsetzung des wichtigen Einsatzes, um den Irak zu stabilisieren, ein Wiedererstarken des IS zu verhindern und die Versöhnung zu fördern. Ich wundere mich darüber, wie schnell die Grünen in der Außenpolitik eine 180-Grad-Wendung vollzogen haben. Die Lernkurve in der Regierung scheint steil zu sein. Nun gut.

Die FDP kassiert in der Finanzpolitik eine rote Linie nach der anderen

Dies lernt auch gerade die FDP. Angetreten mit dem Versprechen, für Wohlstand, Prosperität und eine solide Finanzpolitik zu sorgen, kassiert die FDP derzeit eine rote Linie nach der anderen. Die Ampel-Koalition braucht Geld, viel Geld, um ihre Versprechen aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Unser Fraktionsvorsitzender hat deutlich gemacht, dass sich die Versprechen der Ampel nur mit zusätzlichen Schulden finanzieren lassen.

Nun greift die Ampel-Koalition in die Trickkiste: Die Corona-Krise hat bisher weniger gekostet als befürchtet. Die Ampel-Koalition möchte nun eine Kreditermächtigung, die das Parlament explizit für die Corona-Pandemie erteilt hat, nutzen, um sich mit nicht genutzten Corona-Milliarden ein Kreditpolster für die kommenden Jahre zu verschaffen. Damit will sie Klimaschutzmaßnahmen und sozialpolitische Versprechen finanzieren. Es werden Gelder zweckentfremdet. Dieses Vorgehen ist aus unserer Sicht verfassungsrechtlich, nicht haltbar und entspricht erst recht nicht einer soliden Haushaltspolitik. Als Union behalten wir uns eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht vor. Fest steht für mich: Wer eine solide Finanzpolitik wünscht, darf sich nicht auf die FDP verlassen.

Soweit meine Eindrücke aus Berlin. Für Fragen und Anmerkungen sprechen Sie mich gerne unter marc.henrichmann@bundestag.de an. Besonders ans Herz legen möchten ich Ihnen außerdem den [aktuellen Newsletter unserer CDU/CSU-Bundestagsfraktion](#).

Ihr Marc Henrichmann

Mehr über meine Arbeit auf meiner [Homepage](#), bei [Facebook](#), [Instagram](#) und [Twitter](#).